

Überfall: Räuber verletzen ihr Opfer durch Schläge auf den Kopf

Trio will Handy und Bargeld. Mann verweigert Herausgabe und flüchtet. Fahndung der Polizei ohne Ergebnis. Hinweise erbeten.

STOLBERG. Raubüberfall in Breinig am frühen Samstagmorgen. Ein 22-jähriger aus Stolberg-Breinig war zu diesem Zeitpunkt zu Fuß im Kreuzungsbereich Hubertusstraße / Corneliastraße unterwegs, als er gegen 00.40 Uhr von drei

bislang unbekanntenen männlichen Personen angesprochen wurde. Die Personen forderten sein Handy und Bargeld.

Als der Geschädigte sich weigerte, den Forderungen des Trios Folge zu leisten, schlugen die Räuber

auf ihn ein und verletzten ihn leicht am Kopf.

Dem Opfer gelang die Flucht, die umgehend eingeleitete Nahbereichsfahndung der herbeigerufenen Polizei verlief anschließend ohne ein Ergebnis.

Die drei Räuber, bei denen es sich um Deutsche gehandelt haben soll, werden wie folgt beschrieben: Zwei waren ungefähr 1,75 Meter groß und trugen schwarze Kapuzenjacken, der dritte war circa 1,65 Meter groß, trug eine schwarze Bomberjacke und weiße Nike-Turnschuhe.

Täterhinweise werden vom Kriminalkommissariat 32 erbeten unter ☎ 02402 / 9577-33201 oder, außerhalb der Geschäftszeit, unter ☎ 0241 / 9577-34250.



Guten Morgen

„Ich bin zu dick“, schreien heute schon neunjährige, zierliche Mädchen. Spätestens mit elf haben diese Kinder keinen sehnlischeren Wunsch, als bei „Germany's Next Topmodel“ mitzumachen und sich von Heidi Klum herunterputzen zu lassen. Eine ganz neue Variante des Schlankheitswahns hörte der Vogelsänger jetzt bei Bekannten. Deren Tochter hat mit dem Reitunterricht aufgehört und sucht nun einen neuen Reitstall. Begründung des Kindes: „Ich möchte endlich mal schlankere Pferde reiten.“ Was für ein Quatsch, dachte Willi zuerst. Ein kräftiges Pferd bringt so ein zierliches Persönchen doch erst richtig zur Geltung. Andererseits muss er dem Mädchen recht geben. So ein Pferderücken kann ganz schön breit sein. Und Spagat kann man auch im Turnverein lernen, meint der...

Vogelsänger

KURZ NOTIERT

Das Seniorenbüro ist geschlossen

STOLBERG. Das Stolberger Seniorenbüro im Wohn- und Sozialzentrum am Amselweg ist von Dienstag, 17., bis Dienstag, 31. Juli, geschlossen.

Chor- und Orgelkonzert in St. Hubertus

STOLBERG-BÜSBACH. Zu einem Chor- und Orgelkonzert lädt die Pfarrgemeinde St. Hubertus in Büsbach am Sonntag, 8. Juli, ein. Das Konzert, das vom Kammerchor der Erlöserkirche Bad Homburg gestaltet wird, steht unter dem Thema „Lobe den Herrn, meine Seele.“ Zu Gehör gebracht werden Werke von Johann Hermann Schein, Dietrich Buxtehude, Johann Friedrich Doles, Johann Gottfried Schicht, Ernst Friedrich Richter, Max Bruch und Johann Sebastian Bach. An der Orgel spielt Professorin Susanne Rohm Werke von Carl Philipp Emanuel Bach und Felix Mendelssohn Bartholdy. Das Konzert in der Pfarrkirche St. Hubertus beginnt um 18 Uhr.

Stolberg-Tour zum jüdischen Friedhof

STOLBERG. Einen Vortrag über die Zeit des Nationalsozialismus in Stolberg bietet das Tourismusamt am Samstag, 7. Juli, an. Nach dem Vortrag, der im Rahmen der Stolberg-Touren stattfindet und in das Programm „Stolberg gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ eingebettet ist, besuchen die Teilnehmer die Häuser, in denen jüdische Bürger wohnten. Außerdem führt die Tour zum jüdischen Friedhof. Treffpunkt für den Vortrag und die Exkursion ist um 15 Uhr vor dem Haupteingang des neuen Rathauses. Pro Teilnehmer wird ein Kostenbeitrag von 2,50 Euro erhoben. Um Anmeldung unter ☎ 76683-13 oder -14 wird gebeten.

KONTAKT

STOLBERGER ZEITUNG
STOLBERGER NACHRICHTEN
Lokalredaktion:
Rathausstraße 66, 52222 Stolberg,
Postfach 1629, 52204 Stolberg,
Tel. 02402/12600-30, Fax 02402/12600-49,
e-Mail:
lokales-stolberg@zeitungsverlag-aachen.de
Jürgen Lange (verantwortlich), Michael Grobusch,
Ralph Boschan.
Leserservice: 0180 1001 400
Anzeigen Geschäftskunden:
Markus Cepuran 02402/9596 14
Verlagszeitung/Anzeigenannahme:
Rathausstraße 66, 52222 Stolberg,
Tel. 02402/95960, Fax 02402/1272 75.
Öffnungszeiten: Mo. und Do. 8.30 bis 18 Uhr, Di.,
Mi., Fr. 8.30 bis 17 Uhr, Sa. 9.30 bis 12 Uhr

Genehmigung für Steinbruch Breinig liegt vor

Bis 2052 dürfen 200 000 Tonnen Rohstoffe jährlich gewonnen werden. Versorgung der Region gesichert. Folgt jetzt der Abbauantrag für Gressenich?

VON UNSEREM REDAKTEUR
JÜRGEN LANGE

STOLBERG. Schon zur Eröffnung der Stadtkirmes hatte Helmut Conrads die Botschaft vernommen, seit gestern ist sie offiziell: Die Kölner Bezirksregierung hat die Genehmigung für das Abbaugelände zwischen Breinig und Kornelimünster erteilt. Bis Ende des Jahres 2052 muss der zukünftige Steinbruch wieder renaturiert sein. Jährlich dürfen insgesamt 400 000 Tonnen Gestein – darunter maximal 200 000 Tonnen verwertbare Rohstoffe – abgebaut werden. Nachdem der BSR-Gesellschafter die Genehmigung für das Abbaugelände Breinig in den Händen hält, wird im Rathaus erwartet, dass BSR nun den Abbauantrag für die Erweiterung des Steinbruchs Vygen in Gressenich bei der Bezirksregierung einreichen wird.



Hat weitere Pläne: BSR-Chef Helmut Conrads will als nächstes den Steinbruch Gressenich beantragen.

stoffen auch in der Zukunft sicherzustellen“. Bereits durch das Ende des Abbaus im Walheimer Steinbruch hat sich bei BSR die Nachfrage deutlich erhöht. Mit der „jetzt erteilten Genehmigung wird die Versorgung der Region für die nächste Zeit gesichert“. Neben der Glasindustrie zählt vor allem die regionale Baubranche zu Abnehmern der gewonnenen Gesteine.

„Es war ein sehr langer Kampf, aber über das Erreichte sind wir froh“, betonte Fürpeil, dass BSR im Genehmigungsverfahren auch Federn lassen musste: „Beispielsweise bei den Abständen zum Umland“. Jetzt darf der Abbau bis zu 300 Metern an Schutzgütern, wie der Ortslage Breinig, heranreichen. Dort müssen laut Bezirksregierung auch Messungen der Emissionen erfolgen. Beim Lärm müssen sie mindestens drei Dezibel unter den an den Stationen individuell festgelegten Grenzwerten von 55 bis 60 Dezibel liegen. Betrieben werden darf der Steinbruch werktags von 7 bis 18 Uhr; nicht gesprengt werden darf von 13 bis 15 Uhr.

„Neue Situation“

Allerdings hatte das Stolberger Unternehmen schon im Vorfeld des Abbauantrages und während der Genehmigungsphase seine ursprünglichen Vorstellungen deutlich zurückgenommen. Die Anfang diesen Jahrtausends ins Visier genommene Abbaufäche betrug noch 75,6 Hektar und hätte beidseitig der Landesstraße 12 bis Dorff und Krauthausen gereicht. BSR reduzierte im Antrag die Betriebsfläche auf 20,5 Hektar südlich der L 12 sowie die Produktionsmengen von 500 000 auf 200 000 Tonnen verwertbaren Materials „zugunsten einer länger-



„Kontroverse, aber konstruktive Diskussionen“: Nach dem Erörterungstermin in der Stadthalle wägte die Bezirksregierung 13 Monate lang die Argumente ab, bis sie die Genehmigung erteilte. Fotos: J. Lange

fristigen Ressourcensicherheit“. Darüber hinaus bot BSR an, den ökologischen Ausgleich zeitnah durchzuführen, so dass das befürchtete „große Loch“ vermieden wird. Der Abbau erfolgt schrittweise, die jeweiligen Felder werden vor seinem Beginn umpflanz und

„Mit der jetzt erteilten Genehmigung wird die Rohstoffversorgung der Region gesichert.“

THOMAS FÜRPEIL
BSR-GESCHÄFTSFÜHRER

anschließend renaturiert. 50 000 Tonnen Material müssen jährlich dafür eingebracht werden. „Aber wie schon bisher sind wir jederzeit gesprächsbereit, um die Sorgen der Bürger zu minimieren“, signalisierte Fürpeil weitere Verhandlungsbereitschaft. „Wir müssen erst einmal unsere Mitglieder informieren, den Bescheid prüfen und beraten, wie wir weiter vorge-

hen“, erklärte Karin Clauser, Pressesprecherin der Bürgerinitiative: „Rettet das Münsterländchen! Kein neuer Steinbruch zwischen Breinig, Dorff und Kornelimünster“ auf Anfrage. Erst wenn ein einheitliches Meinungsbild vorliege, werde man entscheiden, ob Widerspruch gegen den Genehmigungsbescheid eingelegt werde. „Wir müssen uns jetzt erst einmal auf die neue Situation einstellen“, sagte Clauser.

Die Bürgerinitiative hatte sich frühzeitig bei Bekanntwerden der Steinbruch-Pläne formiert und dem Betreiber BSR freiwillige Zugeständnisse abgerungen. Intensiv setzte sie sich bei dem viertägigen Erörterungstermin im Sommer vergangenen Jahres mit Details des Abbauantrages auseinander. Dabei reichten die Bedenken der BI von der Zerstörung der Landschaft über Erschütterungen durch Sprengungen bis hin zu Belästigungen durch Lärm, Staub und Schwerlastverkehr.

„Kontrovers, aber konstruktiv“ wertete die Bezirksregierung den Erörterungstermin, der ein 65-seitiges Protokoll nebst dicken Anlagen und umfangreiche Prüfaufgaben für die Genehmigungsbehörde zur Folge hatte – sicherlich ein Grund dafür, dass 13 Monate bis

zum Erteilen der Genehmigung ins Land gingen. Ein Bescheid, den der Bürgermeister neutral zur Kenntnis nimmt: „Die Genehmigung ist ein laufendes Verwaltungsverfahren, gegen das man Rechtsmittel einlegen kann“, erklärte Ferdi Gatzweiler. „Ich habe vollstes Vertrauen in unsere Demokratie, dass alle Seiten ihre Interessen anmelden können.“

„Wir wollen zuerst die Genehmigung prüfen und dann entscheiden, was wir machen.“

KARIN CLAUSER
BI-PRESSESPRECHERIN

Die Chronologie in Stichworten

- ▶ **20. Februar 2001:** Der Rat der Stadt Stolberg stimmt mit 48 Ja-Stimmen (CDU, FDP, SPD) bei 2 Enthaltungen (Grüne) für die Beibehaltung der im Gebietsentwicklungsplan 1991 ausgewiesenen Bereichsgrenzen für die Sicherung und den Abbau von oberflächennahen nicht-energetischen Bodenschätzen (BSAB) auf dem Areal zwischen Breinig, Dorff und Kornelimünster (hier Kalkstein und Dolomitstein).
- ▶ **20. Februar 2002:** Scoping-Termin bei der Bezirksregierung in Köln. Anhörung der Träger Öffentlicher Belange zur Erstellung der Umweltverträglichkeitsstudie durch die Firma BSR.
- ▶ **17. Juni 2002:** Gründung einer Bürgerinitiative
- ▶ **12. Juli 2002:** Der Regionalrat der Bezirksregierung Köln beschließt Fortschreibung des Gebietsentwicklungsplans.
- ▶ **19. September 2002:** Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt lehnt mit den Stimmen von CDU und Grünen den Antrag der SPD zur Änderung des Flächennutzungsplanes ab. Insgesamt vier Mal scheitert im Laufe der Jahre dieser Versuch, dem geplanten Abbau so entgegenzutreten.
- ▶ **20. September 2002:** Gründung des Vereins Bürgerinitiative
- ▶ **27. September 2004:** Vorlage des BSR-Genehmigungsantrags zum Neuaufschluss eines Steinbruchs zwischen Aachen-Kornelimünster und Stolberg-Breinig bei der Bezirksregierung Köln.
- ▶ **13. Januar 2005:** Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt der Stadt Stolberg gibt einstimmig sein planungsrechtliches Einvernehmen zum Projekt unter Nennung einiger Forderungen.
- ▶ **1. Juli 2005:** Die Bürgerinitiative gibt bei der Bezirksregierung zwei Aktenordner mit mehr als 1200 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern ab, auch die eigene 70-seitige Einwendung.
- ▶ **6. bis 9. Juni 2006:** Umfangreiche öffentliche Erörterung zur geplanten Erweiterung des Steinbruchs in der Stadthalle.
- ▶ **9. Juni 2006:** Die BI überreicht der Bezirksregierung nach dem Erörterungstermin ihre schriftlichen Erklärungen auf die Antworten der Firma BSR zu den 171 speziellen Einwendungen, die auch Gegenstand des Erörterungstermins waren.
- ▶ **2. Juli 2007** Bekanntmachung der Bezirksregierung über die Erteilung der Abbaugehmigung.

„Gressenich ist nach wie vor ein Thema“, bestätigte Thomas Fürpeil. „Wir werden die Entscheidung über den Abbauantrag kurzfristig treffen“, so der BSR-Geschäftsführer auf Anfrage unserer Zeitung. Gegen den jetzt erteilten Bescheid kann Widerspruch eingelegt und bei einer Ablehnung der Klageweg beschritten werden. Von einem Erfolg möglicher Einsprüche nach der ausführlichen Genehmigungsphase geht Antragsteller BSR allerdings nicht aus: „Bis Ende des Jahres werden wir mit den investiven Maßnahmen beginnen“, erklärte Fürpeil. „Wir haben bereits viel Zeit verloren und viel Geld investiert, die wir wieder hereinholen müssen“, strebt BSR einen zügigen Aufschluss des neuen Abbaugeländes an. Denn immerhin gelte es, „die Versorgung der Region mit Roh-



Das zukünftige Abbaugelände: Vom Steinbruch Blees aus wird sich das Abbaugelände zwischen der Landesstraße 12 und der Bahnlinie bis 300 Meter vor die Breiniger Ortsgrenze (oben im Bild) erstrecken.

Widerspruch

- ▶ Gegen den Genehmigungsbescheid kann binnen eines Monats schriftlich Widerspruch bei der Kölner Bezirksregierung eingelegt werden.
- ▶ Eingesehen werden kann der Bescheid vom 10. bis 24. Juli während der Dienstzeiten bei der Bezirksregierung in Köln sowie im Stolberger Rathaus beim Bauordnungsamt (Raum 707) und im Bezirksamt Kornelimünster, Schulberg 20.